

13. Oktober 1921.

1. Der vorliegende Entwurf eines Nachtvertrags mit der Firma G. W. H. H. über Real vom Grundstück Nr. 108 — Jagen. Beinhaltet — wird genehmigt. Nach diesem Vertrage wird das bisher von der genannten Firma benutzte Grundstück auf weitere 16 Jahre vom 1. Januar 1922 verpachtet.

2. Von der Einladung des Frauenerzins zur Feier seines 75jährigen Bestehens erhält der Rat Kenntnis.

3. Gegen das Ortsgesetz zu der neuen Ortsgemeinde-Ordnung für die Kirchgemeinde Niesitz mit Poppitz und Mergendorf werden Bedenken nicht erhoben.

4. Von der Mitteilung des Ortsausschusses für den 14. Fortbildungskursus, daß der Garantiebetrag der Stadt zur Deckung des Defizitbetrags nicht in Anspruch genommen werden wird, nimmt der Rat Kenntnis.

5. Vom Berichte über Übernahme des staatlichen Pulvermagazins, des sogenannten Schwarzen Platzes und des Kammer- und Wirtschaftsgeländes in Kasernen 1. 68 nimmt der Rat Kenntnis. Die beiden Pulvermagazine sollen sofort abgebrochen werden, damit das Real landwirtschaftlichen Zwecken angefaßt werden kann. Vorher soll jedoch noch untersucht werden, ob an dieser Stelle brauchbarer Kies vorhanden ist. Seltenerfalls soll der Kies nach Bedarf zur Verwendungs kommen. Die durch die Abtragung des Kieses entstehende Grube soll später als Schutt-Abfall dienen.

Ueber die Errichtung des sogenannten Schwarzen Platzes als Sportplatz soll mit Beschleunigung ein Kostenschlag aufgestellt werden. Die anstehenden, zum Teil schon verfallenen Baulichkeiten sollen, um einen weiteren Verfall vorzubeugen und da sie an den jetzigen Stellen nicht stehen bleiben können, sofort abgebrochen werden.

6. Für die durch das Unglück in Oppau-Budwigshafen Geschädigten wird eine Spende von 2000 Mark bewilligt.

Zu Punkt 1 und 6 ist die Zustimmung des Stadtverordneten-Kollegiums erforderlich. Hierüber werden noch 46 Punkte beraten.

Amthliche Preisnotierung der Sächsischen Kartoffelnotierungskommission vom 12. Oktober 1921. Erzeugerpreise ab Verladeaktion je Zentner:

Bautzen	45-49	45-47	45-49
Dresden	44-51	44-48	47-52
Leipzig	46-49	45-48	47-50
Chemnitz	47-53	45-50	48-53

Bei Fortsetzung sofortiger Lieferung bis 3 Mt. Aufschlag pro Zentner.

„Kartoffel-Transport-Tage“ bei der Eisenbahn. Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, sind von Vertretern der Landwirtschaft und des Handels mit dem Reichs- und Provinzialminister Verhandlungen gepflogen worden, um gemeinsam die Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch den Wagenmangel auf dem großstädtischen Kartoffelmarkt entstanden sind. Es wurde vorgeschlagen, wöchentlich etwa 1-2 besondere „Kartoffel-Transport-Tage“ auf den Hauptlieferungsgebieten einzuführen, um eine sofortige reichliche Versorgung mit Kartoffeln sicher zu stellen.

Die Kosten des Metallarbeiterstreiks. Während des Metallarbeiterstreiks hat der Metallarbeiterverband, wie aus Dresden gemeldet wird, wöchentlich über 3 Millionen Mark Unterstützung an die Streikenden zahlen müssen. Der Lohnausfall der Streikenden betrug über 60 Millionen Mark, der Produktionsausfall wird auf mehrere hundert Millionen Mark geschätzt.

Erhöhung der Wagenstandsgelder. Bei der gegenwärtigen schwierigen Betriebs- und Verkehrsverhältnisse der Eisenbahn ist es dringend erforderlich, daß der Umsatz der Güterwagen soweit als nur irgend möglich beschleunigt wird. Die dahin zielenden Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung werden bedauerlicherweise in sehr vielen Fällen von den Güterempfangern dadurch durchkreuzt, daß sie bei der Entladung säumig sind, anstatt, wie es nötig wäre, mit allen Mitteln für eine fristgemäße Entladung der Wagen zu sorgen. Die Eisenbahnverwaltung hat sich daher zur Vermehrung einer Störung in der Zufuhr der Betriebsmittel, insbesondere der Kartoffeln, und in der Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen genötigt gesehen, die Wagenstandsgelder allgemein zu erhöhen. Das nach Ablauf der standgeschrittenen Zeit zu berechnende Wagenstandsgeld ist hiernach bis auf weiteres wie folgt festgesetzt worden: für die ersten 24 Stunden auf 100 Mark, für die zweiten 24 Stunden auf 150 Mark und für jede weiteren 24 Stunden auf 250 Mark.

Das Sächsische Handwerk vor dem Obersten Gerichtshof des Reichs. Nicht ohne Absicht hatte das Sächsische Handwerk zum Handwerkerfest in Leipzig als Ziel seines Kampfes das Reichsgericht gewählt. Vor der höchsten Stelle der Deutschen Rechtsprechung, die in erster Linie berufen ist, die Reichsgerichtsbarkeit zu schärfen, forderte das Handwerk den ihm zustehenden verfassungsrechtlichen Schutz nach Artikel 164. Dieser lautet bekanntlich: Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Ausbeutung zu schützen. Die ganze Ausstellung gab dem letzten Akte der großen Kundgebung einen besonders feierlichen Charakter. Unter den Führern des Sächsischen Handwerks in seinen Bezirksstellen, Fachverbänden und Bezirksausschüssen hatten gegen 150 Innungsführer oberhalb der Freitreppe Aufstellung genommen, unten auf dem Platz aber harrten gegen 20.000 Handwerker auf die Schlußworte des Herrn Obermeister Wiener-Gemüß, der im Antrage vom Landesauschuss des Sächsischen Handwerks kurz und markig nochmals die Forderung und das verbreitete Recht des Handwerks hervorhob. Die ganze Kundgebung war gewaltig und ernst. Regierung und Behörden werden nicht umhin können, ihr die größte Beachtung zu schenken.

Gräber. Die hiesige Ortsgruppe vom Volkstisch. Balenbund hält am Montag einen Vortragabend mit Gesang und Lichtbildern, in dem Herr Bundesdirektor Richter-Dresden über „Das deutsche Lied“ sprechen wird. (Siehe auch Vereinsnachrichten in vorl. Nr.)

Wohnen in. Die Inbetriebsetzung der beiden Autokonten Großenhain-Meißen und Großenhain-Nabburg ist für den 1. Januar in Aussicht genommen.

Dresden. Ein entsetzlicher Unfallfall hat sich auf dem Bahnhöfen oberhalb der Biernitzmühle in Vorstadt Wahren zugetragen. Bei der dortigen starken Kurve werden zurzeit von einer Leipziger Baufirma Bahnbauten vorgenommen. Der mit noch einigen Kameraden auf dem Bahnhöfen beschäftigte Bauarbeiter Max W. war nicht rechtzeitig besitzet getreten und von der Schnellzuglokomotive erfasst und gegen eine Steinmauer geschleudert worden. Von dem Bauarbeiter getrennt, hatten seine Kameraden sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Dem 49 Jahre alten verheirateten Mann war der Schädel zertrümmert worden, so daß sein Tod auf der Stelle eingetreten ist. In einem unbewachten Augenblicke hätte das drei Jahre alte Söhnchen eines hiesigen Ehepaars tapflicher in das in die Erde eingelassene Wasserloch. Als die Mutter nach wenigen Minuten ihr Kind vermehrte, fand sie es bereits ertrunken vor. Den Bemühungen der Ärzte und der Sanitätskommission der Feuerwehr gelang es nicht, das Kind ins Leben zurückzurufen. — Bekannt ist hier traurige Sozial-Ver-

anfangung in den wärderräumen, in denen in hiesige Kinder sich selbst überlassen sind, die Wasserlöcher mit einem Deckel zu schließen.

Dresden. In den nächsten Stadtverordnetenwahlen in Dresden werden sich die Demokraten, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und das Zentrum auf eine gemeinsame Liste vereinigen. Die ursprüngliche Plan einer bürgerlichen Gruppe, eine Kandidatenliste nach den Vorschlägen wirtschaftlicher Interessentengruppen vorzulegen, ist aufgegeben worden, da der Widerstand gegen diese Absicht bei verschiedenen politischen Gruppen zu stark war. Die Interessentengruppen des Bergnagelgewerbes und der Interessentengruppen des Dresdner Vereins blieben am Mittwoch abend eine Kart besuchte Protokollversammlung ab. Die Vertreter nahmen entsetzliche Stellung gegen die vom Räte der Stadt Dresden geplante Kartsteuer und gegen die Bestimmung, daß neben der Kartsteuer noch eine Haussteuer erhoben werden kann, die in außerordentlich hohen Nachforderungen führen kann. Die schon an und für sich sehr hohe Steuer, die jeder Besucher eines Bergnagelgewerkes entrichten muß und die gegenwärtig 10 M. betragen soll, ist nach der Vorlage noch zu erhöhen. Ein Verein von 300 Mitgliedern, der ein kleines Bergnagel abhalten will, muß nach der Kartvorlage allein 1788 M. Steuern entrichten, die sich bei einem Kostumfest noch auf 1900 M. und bei einem Maskenball auf 3000 M. erhöhen. Durch diese Kartvorlage, die einer Abschaffung des Vereinslebens gleichkommt, wird es den Vereinen unmöglich gemacht, noch Bergnagel abzuhalten. Wenn die neuen Verhandlungen mit dem Rat keinen Erfolg haben werden, wollen die Vereine keine Bergnagel mehr abhalten und die Inhaber der Bergnagelstätten ihre Betriebe schließen. Johanneergeorgstadt. Das „Sachsenhaus“, die bekannte Restauration an der Bahn Johanneergeorgstadt-Narzdorf am Fuße des Weindberges, ist völlig niedergebrannt. Das Gebäude bestand vorwiegend aus Fachwerk; es war eine der schönsten Sommerfrischen des böhmischen Erzgebirges.

Werdau. Im benachbarten Langenbernsdorf brannte die Scheune der früheren Mittelmühle nieder. Es wurden hierdurch alle Getreidevorräte vernichtet. Der Schaden wird auf 250.000 Mark geschätzt. Es wird Brandstiftung vermutet.

Wipperfurth. Hier brannte der neue Gersteschuppen des Wirtschaftsbefizers Paul Schöndorfer nieder. Das Wohnhaus konnte mit großer Mühe erhalten bleiben. Es sind viele landwirtschaftliche Maschinen, ein ganz neuer Wagen, mit 30 Zentner Kartoffeln beladen, 10 Fuder Heu, dann Vieh, Hafer usw. mit verbrannt. Der Besitzer hat ganz nichts verlohren und erleidet dadurch großen Schaden.

Leipzig. Frau Galtwitz-Schäfer, die am Freitag bei einer Autofahrt verunglückte, ist im Kreiskrankenstift Schmiedau ihren schweren Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Leipzig. Wie die „A. N. N.“ aus Halle melden, fuhr in Brundorf am Donnerstag nachmittag ein Kraftwagen mit sechs bis sieben bewaffneten Männern vor. Diese brangen in die Bergwerkstasse des Alwine-Vereins und raubten etwa 200.000 Mark. Das Auto fuhr dann in der Richtung Leipzig davon. — Infolge der Verzögerung der Entscheidung über ihre Lohnforderungen sind sämtliche Bauarbeiter und Zimmerleute Leipzigs in einen allgemeinen Streik getreten. Es wird, wie verlautet, von ihnen ein Stundenlohn von elf Mark gefordert.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Lohnforderungen der Angestellten der Berliner Metallindustrie. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat es gestern in einer Versammlung abgelehnt, mit den Arbeitgeberverbänden, die ein Ultimatum über ihre Lohnforderungen an den Verband gerichtet hatten, unter dem Druck von Drohungen und auf Grundlage der Forderungen der Angestellten in neue Verhandlungen einzutreten. Nach diesem Beschluß ist mit einem Streik der Angestellten in der Berliner Metallindustrie zu rechnen.

Unter dem Verdacht des politischen Landesverrats verhaftet. Der Schriftsteller Dr. Ewald Stadler ist gestern in seiner Berliner Wohnung verhaftet worden. Seine sämtlichen Briefschaften und Manuskripte wurden beschlagnahmt. Stadler soll in einem Artikel in der „Tagl. Rundschau“ politischen Landesverrat im Sinne des Art. 92 des Strafgesetzbuchs begangen haben. Er soll schon in den nächsten Tagen dem Reichsanwalt zur Vernehmung vorgeführt werden.

Wegen Verleumdung des Marineoffizierskorps verurteilt. Das Schöffengericht Wilhelmshaven hat den Redakteur Drulche von der sozialistischen „Republik“ wegen Verleumdung des Marineoffizierskorps zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die geheimen Organisationen in Bayern. In einer Versammlung des katholischen „Vereins der Arbeiter“ teilte der bairische Finanzminister Köhler mit, daß in den geheimen Organisationen, die in München aufgedeckt worden sind, mehr als 10.000 Organisierte waren, um unter einem Kommando loszuschlagen. Weiter bemerkte der Minister, daß Frau Gräberger auch heute noch Schmähbriefe erhalte.

Erregung in der Kartsteuer-Beamtenschaft. Die bis jetzt noch nicht erfolgte Einsetzung der Kartsteuer-Beamten in die Ortsklasse A hat zu einer unruhigen Erregung geführt. Sämtliche Beamten- und Arbeiterorganisationen haben mit einem Streik gedroht, falls der bairische Finanzminister nicht die Einweisung von Kartsteuer in die Ortsklasse A in Berlin durchsetzt.

Gegen den Wucher mit Lebensmitteln. Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat einen Antrag eingebracht, der durchgreifende Maßnahmen gegen den Wucher mit Lebensmitteln verlangt und vorschlägt, allen im Staatsdienst stehenden Verwaltern, Pensionären und Hinterbliebenen eine Steuerungsulage (Inzestenz) zu gewähren und das Staatsministerium zu ersuchen, dem Landtage zur Ausführung der Mittel sofortigen Grundsteuererhöhung zugestehen zu lassen, die vornehmlich den Grundbesitzern schärfsten heranzieht. Ein weiterer Antrag verlangt eine planmäßige Verleierung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu erträglichen Preisen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 13. Oktober 1921.

Starke Erregung in Oberschlesien.

Oppeln. Schwere Gefahren drohen den mühsam errungenen politischen Frieden Oberschlesiens. Es besteht Grund genug zu der Befürchtung, daß im Augenblicke der authentischen Bekanntgabe einer Forderung Oberschlesiens der deutsch gesinnte Bevölkerungsteil die bisher mühsam errungene Ruhe nicht bewahren wird. Namentlich unter der deutschgesinnten Arbeitererschaft der Industriegebiete wächst die Erregung von Tag zu Tag. Man hat genug unter der polnischen Herrschaft der Mai- und Juni-Tage gelitten und will unter keinen Umständen unter eine souveränistische Polen kommen, während Personen der ober-schlesischen Arbeiterbewegung haben bereits erklärt, daß sie die Massen nicht mehr in der Hand haben und sie kaum noch zurückhaltend zu beeinflussen vermögen.

Oppeln. Die P.M.R. in Oppeln scheint, je mehr die Entscheidung beanträgt, immer mehr mit einer Aufstandsbewegung in Oberschlesien zu rechnen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen. Auf den Bahnhöfen bemerkt

man überall die P.M.R. in den Taktik-Klassen scheint das die P.M.R. zu werden. Glaubt auf öffentlichen Versammlungen an kommunistische Kräfte. Bei den Zentralversammlungen in Berlin werden namentlich bei den Kreisversammlungen nicht erachtet. Seit dem 1. Oktober man hat, gleich das Land einem Vulkan, der sich durch Stunden zu erwarten ist. Die polnische Bewegung, die in den Tagen nach wie vor zum Vorschein kommt, die Konstanten für Polen.

Die amtliche Bekanntgabe des Entschens.

Berlin. Nach den hier vorliegenden Nachrichten wird der Oberste Rat mit großer Eile der nächsten Woche in London zusammenkommen, um auf Grund des Entschens des Bitterbundes die Entscheidung über das Schicksal des Reiches zu fällen. Die amtliche Mitteilung über die Entscheidung an die hohen beteiligten Regierungen Deutschlands und Polen erfolgen, werden also, wie man hier annimmt, nach dem 1. November vergehen.

Was die politischen Kräfte erwarten man die Veröffentlichung des amtlichen Textes über die Lösung der ober-schlesischen Frage mit größter Spannung, weil auf Grund der in den letzten Tagen des Bitterbundes raten noch erachtet werden, ob der Berliner Vertrag überhaupt den Obersten Rat berechtigt, Deutschland und Polen die Annahme der Lösung vorgelegenen wirtschaftlichen Entschens und die Kontrolle durch eine neutrale Macht anzunehmen.

Sonder. Die Blätter bringen zum großen Teil keine Kommentare zu dem Entsch. Gleichwohl, weil noch keine amtliche Mitteilung vorliegt. — Während der „Daily Herald“ den Vertrag Teilungsvertrag (Kart) verurteilt, stimmt die „Daily Mail“ ihm zu und tadelt den deutschen Versuch, auf die Entscheidung noch im letzten Augenblicke einzuwirken. Das „Daily Mail“ stellt auch wie andere Blätter die volle Verantwortlichkeit der Lösung für die Entscheidung fest. „Daily Mail“ habe im Voraus die kommende Entscheidung gefordert und ihr keine weitere Zustimmung gegeben. Die „Daily Mail“ läßt dabei die Verantwortlichkeit gewisser Stellen mit dem Spruch klar erkennen.

Zur Verhaftung Stadlers.

(Siehe auch unter „Deutsches Reich“)

Berlin. Der verhaftete Ewald Stadler hat in einem in der „Donnerstag-Angabe“ der „Tagl. Rundschau“ erschienenen Artikel die härtesten Angriffe gegen den Reichskanzler Dr. Brüning erhoben und ihm vorgeworfen, daß er eine äußerst gewalttätige Politik treibe, und zur Begründung folgende Behauptung aufgestellt: „Ich stelle fest, daß nicht etwa eine unpopuläre Stelle, sondern der Reichskanzler selbst selbst ein Vertreter der „Wohlf.“ ausübende Mittelungen über die geplante Kreditaktion gegeben hat. Als ich bei der Veröffentlichung Widerstand erhob, hat der Reichskanzler Georg Bernbard, die Tatsachen abzuweisen.“ — Dem gegenüber stellt Georg Bernbard fest, daß der Reichskanzler keinerlei Mittelungen über die von der Industrie geplante Kreditaktion der „Wohlf.“ zur Veröffentlichung übergeben habe und daß demnach auch für den Herrn Reichskanzler die Notwendigkeit, sie abzulehnen, entfallen sei. Die „Tagl. Rundschau“ fragt, wo in dem betreffenden Artikel der Nachweis stehen soll, von dem angenommen werden könne, daß auch ihm die Angelegenheit wegen Verrates zum Nachteil des Reiches oder des Staates vorgehen könne. Zur Vernehmung Stadlers wird, wie wir hören, der Oberstaatsanwalt nach Berlin kommen.

Berlin. Der „Berl. Lok.-Anz.“ schreibt: Eintrüben kann man nur sagen, daß Ewald Stadler dem Reichskanzler das gleiche Doppelspiel dem Auslande gegenüber zum Vorwurf macht, dessen Dr. Brüning in früheren Jahren wiederholt von der radikalen Linkspresse beschuldigt worden war, ohne daß gegen diese auch nur das geringste geschähe. — Stadler ist der Herausgeber der Wochenzeitschrift „Gewissen“. Seine Verhaftung erfolgte aufgrund des § 92 des Strafproz.-D.: „Diplomatischer Landesverrat“. Der Vorwurf lautet u. a.: Wer vorläufig Nachrichten öffentlich bekanntmacht, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich ist, wird mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft.“

Demonstrationen in Wien.

Wien. Nach einer Massenversammlung, die der Reichsbund österreichischer Frauen am Donnerstag nachmittag mit der Tagesordnung „Wir können nicht weiter“ veranstaltet hatte, begab sich ein Zug von mehreren tausend Frauen zum Parlamente. Der Finanzminister hielt eine beruhigende Ansprache. Etwa sechshundert überwiegend männliche Demonstranten fielen aber voran. Verschiedentlich kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Die Menge rief immer wieder: „Gedenke wie zu den Schieberhotels und hebe wie die Wucherer aus!“ Vor dem Hotel Bristol, dem Grand Hotel und dem Hotel Imperial kam es zu wüsten Szenen. Die Demonstration hatte vielfach antisemitischen Charakter, denn die Ueberfallenen waren zumest Juden.

Das italienische Abtigspar in Bosen.

Bosen. Bei dem Einzug des italienischen Abtigsparres hielt sich die deutsche Bevölkerung vollständig fern. Nur die italienischen Beduhs hatten zugehört. Die deutsche Bevölkerung zog auch die Vorhänge vor die Fenster.

Schweres Erbschossungunfall in Rumänien.

Bukarest. In dem Fort Rudeni bei Bukarest stießen 150 Wagen mit Munition in die Luft. Durch die Explosion wurden 10 Personen getötet und mehrere verletzt.

Eisenbahnunfall in Spanien.

Badajoz. Bei Almerida ist ein Verlesung in Folge Unterstellung des Bahndammes durch anhaltenden Regen eingeleitet. Nach einer amtlichen Meldung sind hierbei 11 Personen getötet worden, in der Mehrzahl Soldaten, die im Begriffe waren, zu ihren Regimentern zu ziehen, um nach Marokko zu fahren. Die Zahl der Verletzten ist noch unbekannt.

Eine Erklärung des deutschen Botschafters in Paris.

Paris. Die Pariser Abendblätter veröffentlichen folgende Erklärung des deutschen Botschafters: „In einem Morgenblatt wird die Behauptung aufgestellt, der deutsche Botschafter habe den Vertreter der französischen Regierung informiert, daß die deutsche Regierung sich im Falle einer Befestigung der Nachrichten von der Herstellung Oberschlesiens als aller Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten und besonders der Abmachungen mit Frankreich entledigt betrachten werde. Der deutsche Botschafter stellt fest, daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspricht.“

Bestimmung des Kaufmannes Albert Trojowski Nachf.

Wie aus dem Angehörigen ersichtlich, erfolgt morgen Sonntag die Wiederbestimmung des ehemaligen Geschäftsdirektors A. Trojowski Nachf. Das Kaufhaus Albert Trojowski Nachf. ist an einen Konzern übergegangen. Die Innenräume des Kaufhauses sind vollständig umgewandelt, die Abteilungen vergrößert und verschiedene Artikel neu aufgenommen. Durch Anschlag an eine große Kaufmanns-Bestimmung von 10 Geschäften dürfte die Firma in der Lage sein, allen Anforderungen desgal. Kaufmanns und Kaufmanns genügen zu können.